

# AKTUELLE POST

## aus dem Kreistag (5)



15. März 2012

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung fand am 14. März statt.

Wir hatten im Vorfeld mehrere Anträge und Anfragen gestellt.

Doch in der Sitzung waren nur zwei kritische Punkte auf der Tagesordnung, zu denen wir uns engagierten:

Die CDU stellte einen Schau-Antrag zur finanziellen Ausstattung der U3-Plätze. Sie wollten für das Jahr 2012 den Betrag von 450 000 Euro jeweils für öffentliche Kindertagesstätten und in der Tagespflege (Tagesmütter) – zusammen also 900 000 Euro. Dann im Jahr 2013 sollen es für beide Bereiche 250 000 Euro sein (500 000 Euro).

Das wäre ein guter Antrag gewesen, doch es war zu sehr durchschaubar, dass er nur dazu diente, die SPD vorzuführen. Vorschläge, wie diese Forderung realisiert werden könnte, machte die CDU nicht. Außerdem ist nicht zu verstehen, dass eine Kürzung für das Jahr 2013 eine gute Sache sein soll.

Mit der U3 Finanzierung ist das so:

2010 und 2011 waren im Haushalt 2 Mio. Euro eingestellt, um damit öffentliche Kindertagesstätten zu fördern (kirchliche fallen aber auch drunter).

Im aktuellen Haushalt 2012 und 2013 wurde 1 Mio. an die Öffentlichen gegeben und die zweite Mio. soll für die Tagespflege (Tagesmütter) gegeben werden.

Das wurde in der Haushaltssitzung auch so beschlossen. Wir hatten diese Kürzungen bei den Öffentlichen abgelehnt.

Natürlich haben sich die Bürgermeister aufgeregt, weil die kommunalen Kindertagesstätten dadurch um 1 Mio. weniger Geld haben.

Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP geriet durch die Proteste und die Presse unter Druck.

Sie behaupteten nun, das Geld –die Mio. – für die Tagesmütter/Kinderpflege würde sowieso nicht abgerufen. Deswegen könne man den öffentlichen Kindertagesstätten doch mehr als eine Mio. geben.

Sie wollen 2012 nun 450 000 Euro von der Kindepflege abziehen (dann sind es für die Pflege/Tagesmütter nur noch 650 000 Euro) und es den Öffentlichen geben.

Im kommenden Jahr 2013 sollen dann 250 000 Euro vom Tagesmütter-Budget abgezogen werden und in die öffentlichen Kitas fließen.

Wir haben uns erst etwas schwer getan: Der Antrag der CDU hätte eine Initiative sein können, die Finanzierung der öffentlichen Kitas wieder zu verbessern. Doch ihr Manöver war so durchschaubar, dass wir sie nicht unterstützen wollten. Auch deswegen nicht, weil sie gar nicht wirklich eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kinderbetreuung wollten. Auch sie verlangten eine Kürzung.

Und den Antrag der Koalition wollten wir auch nicht unterstützen. Das hatten sie schon bei der Haushaltsdebatte gewusst, dass das Geld nicht reichen wird. Dieser Antrag war pure Augenwischerei.

Also lehnten wir beide Anträge ab. (Rede auf der homepage)

Wir haben eine Aufstockung, statt einer Kürzung bei der Kinderbetreuung gefordert.

Sie reden immer von der Wichtigkeit frühkindlicher Förderung. Aber dann kommen sie mit leeren Kassen und vergießen reihenweise Krokodilstränen. Weil das ganze salbungsvolle Jammern nicht auszuhalten war, provozierten wir ein bisschen:

*„Sicher haben Sie bereits eine Resolution vorbereitet - vielleicht sogar eine Delegation zusammengestellt, die nach Wiesbaden und Berlin fährt um zu protestieren! Sie werden sicher Protestmaßnahmen geplant haben, weil das Geld für die Kinderbetreuung nicht reicht und sie werden das Konnexitätsprinzip einfordern: Wer bestellt muss auch zahlen.“*

Verständnislose Gesichter.

Erneut war unser Antrag auf der Tagesordnung: *„Der Kreistag verurteilt die Abschiebep Praxis des Ausländeramtes im Falle der Altenstädter Familie Sogamarian. Kreistag und Kreisausschuss setzen ihr ganzes politisches Gewicht dafür ein, damit die Familie in Deutschland wieder zusammengeführt werden kann.“*

Inzwischen hat auch der Landrat gemerkt, dass er sich nicht abschätzig zu der Familie äußern darf und es besser wäre, sich für die Familienzusammenführung einzusetzen.

Besonders in der Grünen Fraktion gab es großen Unmut über sein Vorgehen. Er wollte aber nicht, dass „sein“ Ausländeramt im Wetteraukreis angegriffen wird.

Es war jedoch wichtig, dass der Kreistag möglichst einmütig einen solchen Beschluss zustande bringt, denn der Fall ist derzeit beim hessischen Petitionsausschuss. Da sieht es gut aus, wenn parteiübergreifend eine Unterstützung kommt.

Die SPD wollte die hessische Ausländerbehörde (Regierungspräsidium) statt der Wetterauer Behörde benennen. Wir stimmten zu und sagten: die restriktive Politik

des Wetterauer Ausländeramtes würden wir dann eben später anprangern. Doch das wollte natürlich die CDU gar nicht. „Ihr“ Regierungspräsidium sei nicht schuldig und nicht angreifbar.

Wir boten an, die Ämter raus zu lassen: „Der Kreistag verurteilt die Abschiebep Praxis im Falle der Altenstädter Familie Sogamarian.“

Dann wollte die CDU nicht verurteilen, sondern bedauern und die SPD ahnte eine versteckte Kritik an ihrem Ausländeramt. FWG-Spamer sah gar den Rechtsstaat gefährdet, der die Familie ja nach Prüfung der Fakten ausgewiesen hätte.

Es dauerte eine Stunde, bis ein Kompromiss gefunden war.

Und das, nachdem sich die CDU in der letzten Sitzung so weit aus dem Fenster gelehnt hatte und die Familie unbedingt zurückholen wollte. Kartmann und Putrich hatte richtig flammende ausländerfreundliche Reden gehalten.

Wir sagten: es muss ein Kompromiss gefunden werden, weil die Familie diese Unterstützung braucht. Es ist schizophren, einerseits gegen diese Abschiebung zu sein und dann die Ämter zu verteidigen. Doch wir wären bereit, sie erst mal wegzulassen.

Nun wurde also jeder Satz extra beschlossen:

*„Der Kreistag bedauert die Abschiebung der Familie Sogamarian. (dagegen nur NPD und Spamer und eine FWG Frau)*

*Der Kreistag verurteilt die Abschiebep Praxis der Ausländerbehörde (RP) im Falle der Altenstädter Familie Sogamarian. (dagegen NPD und die FWG-ler von oben – Enthaltung der CDU)*

*Kreistag und Kreisausschuss setzen ihr ganzes politisches Gewicht dafür ein, damit die Familie in Deutschland wieder zusammengeführt werden kann.“ (NPD und das Spamer-Duo dagegen)*

Uff!!! Hoffentlich hilft es wenigstens ein bisschen beim Petitionsausschuss.

Unsere zwei Anfragen zum Umgang mit geduldeten Flüchtlingen, die unter die Altfallregelung fallen könnten, wurde lapidar mit einem Satz beantwortet: der Kreis ist nicht zuständig (stehen auf der homepage). Wir haben die Fragen an die Linke Fraktion im hessischen Landtag weitergeleitet.

Viele Grüße von  
Ridi und Gabi